

Bei den kommunalen Finanzen geht es um eine Richtungsentscheidung

Mehr lokaler Staat ist möglich

Von Gerd Held

Es war ein recht unauffälliger Termin, zu dem sich gestern der Bundesfinanzminister und die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände trafen. Bei dem Gespräch sollte ausgelotet werden, welche Reformen bei den Finanzen der Städte und Gemeinden möglich sind. Das klingt eher langweilig. Zwar ist die Klage über die kommunale Finanznot groß, aber die Lösung steht im Grunde schon fest: mehr Finanzhilfen von „oben“. Wir haben uns daran gewöhnt, die Kommunen als untergeordnete Organe der Bundes- und Landespolitik zu betrachten. Das Bild der ausführenden Hand macht aus der Gemeindehoheit eine Verwaltungssache. Die „kleinen Republiken“, die die Kommunen für die Bürger sein könnten, werden zu reinen Versorgungsinstanzen, deren Entscheidungs-Spielräume minimal sind. So ist es auch bei den Kommunalfinanzen. Die Radikalität mit der mancher Vertreter der kommunalen Spitzenverbände die Lage beschreibt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei den Lösungen eine Wende zu mehr Selbstverantwortung gar nicht angestrebt wird. In Nordrhein-Westfalen haben SPD, Grüne und CDU in der letzten Woche einen „Pakt für die Kommunen“ geschlossen, der eigentlich nur zusätzliche Geldüberweisungen vorsieht.

Und doch stehen bei den Gesprächen über die Zukunft der Kommunalfinanzen grundsätzliche Richtungsfragen im Raum. Es geht um eine stabilere Einnahmebasis der Städte und Gemeinden. Die Gewerbesteuer, die ein Stück echter Hoheit der Kommunen darstellt, weil sie die Höhe der Steuersätze bestimmen können, ist eine sehr einseitige und konjunkturanfällige Steuer. Sie reflektiert kaum die gute oder schlechte Gesamtordnung einer Kommune. Wir brauchen also eine Reform, aber wo-

hin soll die Reise gehen? Man kann die Gewerbesteuer abschaffen und den Gemeinden einen größeren Anteil aus den Bundes- und Landessteuern zuweisen. Das bringt mehr Geld, aber die lokalen Leistungen würden noch weniger eine Rolle spielen. Im Grunde wäre so ein Abschied von der Gemeindehoheit vorprogrammiert. In der Diskussion sind aber auch Modelle, bei denen eine allgemeine Steuer wie die Einkommenssteuer in zwei Teile getrennt wird, von denen der eine bundesweit festgelegt wird, während der andere nach lokalen Sätzen der einzelnen Kommunen bestimmt wird. Das wäre ein Stück neuer Gemeindehoheit. Die Gestaltung der lokalen Umstände würde aufgewertet, das kommunale Stimmrecht hätte für die Bürger eine größere Bedeutung.

Aber im Raum steht noch ein größeres Problem, das es verbietet, nur die Einnahmeseite zu betrachten. Wenn selbst im Gewerbesteuer-Rekordjahr 2008 in NRW fast 100 Gemeinden unter die Finanzaufsicht der Bezirksregierungen gestellt waren, hilft es nicht weiter, einfach hinter den kommunalen Defiziten her zu finanzieren. Schaut man also auf die Ausgabenseite, stellt man fundamentale Verschiebungen fest. Von 1962 bis 2008 ist der Anteil der Sachinvestitionen von 37% auf unter 20% gefallen. Dagegen sind die Sozialausgaben allein zwischen 1999 und 2008 um fast 25% gestiegen. Früher waren viele - insbesondere städtische - Kommunen Hochburgen öffentlicher Investitionen. Heute sind ihre Sozialzahlungen so gestiegen, dass sie buchstäblich von der Substanz der Straßen und Leitungssysteme zehren. Die ganze politische Kultur hat sich geändert. Der Einfluss der Bauherren und Ingenieursbeamten ist der Macht der Sozialverbände und Sozialbeamten gewichen – auch bei

den Verfilzungen. Was früher der Bauskandal war, ist heute der Wucher mit Sozialprojekten. Dabei sind viele Sozialausgaben durch Bundesgesetz festgelegt. Der zentralisierte Sozialstaat zerstört die kommunale Selbstverantwortung; oder er schwächt sie durch den Trend zur Mischverwaltung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, der die Ausgaben-Spielräume einer Stadt für ihre Bürger völlig undurchschaubar macht.

Hier muss umgedacht werden. Gewiss können auf diesem Gebiet zunächst nur kleine Reformschritte gemacht werden, aber auch damit kann eine Richtung signalisiert werden. Mehr politisches Engage

ment der Bürger ist ohne eine Renaissance der kommunalen Hoheitsrechte nicht zu haben. Es wäre ein großer Fehler, auf diese Ressource jetzt angesichts der Finanznot zu verzichten. Man muss allerdings mit dem Einwand rechnen, dass durch mehr Demokratie die Ungleichheiten zwischen Städten und Gemeinden wachsen werden. Im Konflikt zwischen der sozialen Gleichheit und der Demokratie neigt die Linke traditionell zur Gleichheit. Aber Konservative und Liberale können zur Demokratie neigen. Sie sollten es tun. Sonst läuft es darauf hinaus, die Notverwaltung auf Dauer zu stellen.

(Manuskript vom 3.11.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 5.11.2010 unter der Überschrift „Regiment der Sozialbeamten“)